

## Die revolutionäre Ungeduld:

### Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen

(August 1914 bis Januar 1919)

Die proletarischen Massen spielten in Rosa Luxemburgs Konzept zur Strategie und Taktik der sozialdemokratischen Partei eine herausragende Rolle, weil „jede große, entscheidende Bewegung nicht aus der Initiative der Handvoll Führer, sondern aus der Überzeugung und Entschlossenheit der Masse der Parteianhänger herrühren muss“. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Führung bestand nach Rosa Luxemburg in erster Linie darin, den Massen für den politischen Kampf einen Rahmen von lang-, mittel- und kurzfristigen Zielen zu geben, über deren Realisierung – auch über die Formen des Kampfes – die Massen selbst zu entscheiden hätten, wobei „die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie *unter* dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausleitet“. Insbesondere bei Massenaktionen und deren Vorbereitung bestünde für die Arbeiterführer die „Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Masse“.<sup>1</sup>

Im Folgenden soll für die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Revolutionsmonate von November 1918 bis Januar 1919 untersucht werden, in welchem Ausmaß Rosa Luxemburg selbst Fühlung zu den proletarischen Massen hielt,<sup>2</sup> in welchen Formen dies geschah und welche Konsequenzen sie daraus für ihre politischen Auffassungen in einzelnen aktuellen Situationen zog.

### Zur Ausgangslage vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Nachdem Rosa Luxemburg seit 1910 in der sozialdemokratischen Partei zunehmend in die Isolierung geraten war, gewann sie ab Ende 1913 durch ihre antimilitaristischen Äußerungen und vor allem durch die daraufhin gegen sie einsetzenden Repressionen des kaiserlichen Regimes wieder ein solches Prestige, dass ihr Ansehen im Frühjahr und Sommer 1914 „seinen absoluten Höhepunkt bei den Parteimitgliedern erreicht“ hatte, wie Dieter Groh in seiner

1 Rosa Luxemburg: Was weiter?, in: GW, Bd. 2, S. 299; dies.: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: ebd., S. 133, 132; hierzu auch zusammenfassend: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – demokratische Sozialistin oder Bolschewistin?, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 2000/2001, Berlin 2001, S. 412–419.

2 Zur begrifflichen Erläuterung: Das in der Partei-Umgangssprache häufig verwendete Wort „Masse(n)“ hatte keine fest umschriebene Bedeutung, sondern wurde allgemein und auch von Rosa Luxemburg im Sinne einer großen Menge (mit der Tendenz zur Mehrheit) von Parteimitgliedern und Parteianhängern verwendet.

detaillierten Analyse der Vorkriegs-SPD feststellt.<sup>3</sup> Das verschaffte ihr, die bereits vorher eine der gefragtesten Referenten in der Partei war, eine Fülle von Einladungen zu öffentlichen und parteiinternen Veranstaltungen. Vor allem gelang es ihr wieder, Mehrheiten für das von ihr gewünschte offensive Vorgehen in der Massenstreikfrage zu gewinnen, auch wenn es letztendlich doch nicht mehr zur Einleitung von Aktionen kam.<sup>4</sup> Rosa Luxemburg konnte sich seit Beginn des Jahres 1914 wieder auf fast allen Ebenen der sozialdemokratischen Partei, in der Presse und auf öffentlichen Versammlungen der SPD Gehör verschaffen und viel Zustimmung ernten, ganz gleich ob sie über das Thema Massenstreik oder Antimilitarismus sprach und schrieb. In dieser Zeit kann von einer besonders engen Verbindung Rosa Luxemburgs zu den proletarischen Massen gesprochen werden.

## Die ersten Kriegsmonate (August 1914 – Februar 1915)

Mit dem Kriegsausbruch im August 1914 änderte sich die Situation schlagartig. Infolge des nunmehr verhängten Belagerungszustandes und der damit verbundenen Zensur durch die Militärbehörden war es für Rosa Luxemburg kaum noch möglich, ihre Aufsätze in Zeitungen zu publizieren. Öffentliche Versammlungen der Sozialdemokratie wurden von den Militärbehörden nicht oder nur unter strengen Auflagen genehmigt und hatten deshalb im ersten Kriegshalbjahr Seltenheitswert. Dagegen kam – nach einer Pause in der Phase der militärischen Großmobilisierung von August bis Anfang September 1914 – das Parteileben an der Basis mit parteiinternen Veranstaltungen wieder langsam in Gang. Rosa Luxemburg war nun wieder voll in der Parteiorganisation aktiv und hatte „von Morgen bis Abend Besuche, Besprechungen und Sitzungen“, wie sie ihre politischen Aktivitäten in einem Brief vom 1. November 1914 beschrieb.<sup>5</sup> Zusammen mit ihrem politischen Freundeskreis (Franz Mehring, Julian Karski-Marchlewski, Clara Zetkin, Leo Jogiches, Ernst Meyer, Hermann und Käte Duncker, Wilhelm Pieck, Hugo Eberlein sowie Karl Liebknecht, der erst im Verlaufe des Monats August zu dieser Gruppe stieß) versuchte sie im Rahmen der durch den Belagerungszustand gezogenen engen Grenzen innerparteilich in Berlin und auch überregional gegen die Politik der Kriegskreditbewilligung der SPD-Reichstagsfraktion anzugehen. Zu den Parteiveranstaltungen gehörten z. B. Versammlungen der Berliner Referentinnen und Referenten am 25. September und eine Konferenz der Funktionäre von Berlin-Charlottenburg am 14., 18. und 21. Dezember 1914, auf denen Rosa Luxemburg als Diskussionsrednerin auftrat. Wie der rechte SPD-Reichstagsabgeordnete Eduard David ihr für die Charlottenburger Zusammenkünfte eingestand, erntete sie „mit ihrer Meisterleistung der feinen und groben Demagogie den stürmischsten Beifall“. Die von Liebknecht als zweitem Referenten (neben David) der Charlottenburger Funktionärskonferenz vorgelegte Resolution gegen die

3 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1973, S. 561, ausführlich dazu S. 540–543.

4 Ebd., S. 553–573, insbes. S. 562–563.

5 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 1.11.1914, in: GB, Bd. 5, S. 21.

Kriegskreditbewilligung wurde von der Versammlung angenommen.<sup>6</sup> Rosa Luxemburg selbst hielt als Referentin Ende Oktober bis Dezember 1914 im Rahmen der Arbeiterbildungsschule der Berliner SPD einen stark besuchten Kurs in Berlin-Neukölln zum Thema „Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus“ ab. Dabei muss es auch zu kritischen Äußerungen über die neue regierungsfreundliche Politik der Parteimehrheit gekommen sein, weil auf einer Sitzung der Bildungsfunktionäre die Mahnung ausgesprochen wurde, die Parteistreitigkeiten auf solchen Veranstaltungen nicht zu behandeln.<sup>7</sup> Da diese Veranstaltung parteiöffentlich war, erreichte Rosa Luxemburg hiermit eine relativ große Zahl von Mitgliedern. Weiterhin war sie als Vorstandsmitglied sowohl im Berliner Zentralvorstand (als Mitglied der Pressekommission) wie im Vorstand der wichtigen großen Wahlkreisorganisation von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg vertreten.

Nach einem mehr als zweiwöchigen Krankenhausaufenthalt (8.-24. Januar 1915) stieg Rosa Luxemburg wieder voll in die Parteiarbeit ein. Sie sprach am 10. Februar 1915 auf der Generalversammlung der SPD in Berlin-Charlottenburg und am 14. Februar 1915 auf der Kreis-konferenz der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation von Niederbarnim (nördliche und östliche Vororte Berlins).<sup>8</sup> Hatte sie noch Mitte Oktober 1914 „unsere Lage hier innerhalb der Partei“ als „sehr traurig“ beurteilt, so war sie Anfang Februar 1915 wesentlich optimistischer: „Die Stimmung ist mit jedem Tag günstiger (...)“ Sie war zusammen mit ihren politischen Freunden mit der Herausgabe einer Zeitschrift beschäftigt, wollte Broschüren herstellen und verbreiten und erhoffte sich, damit Wirkung im Sinne der Gegner der Kriegskreditbewilligung zu erzielen.<sup>9</sup> Angesichts der Vorgänge in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 2. bis 4. Februar 1915, wo Karl Liebknechts Separatvotum im Reichstag gegen die Kriegskredite verurteilt worden war, regte sich Rosa Luxemburg wegen der „Vorsicht und Rücksicht“ der engeren Gesinnungsgenossen auf und hielt ein schnelles Handeln – „man müsste an die Arbeiter ein offenes Wort richten“ – für erforderlich: „Jetzt schweigen und warten auf bessere Zeiten wäre ein Verbrechen und elende Feigheit.“<sup>10</sup>

In den ersten Kriegsmonaten August bis Dezember 1914 waren ihre Artikel für die „Sozialdemokratische Korrespondenz“, eine von ihr, Franz Mehring und Julian Karski-Marchlewski herausgegebene Pressekorrespondenz, noch von Zurückhaltung geprägt.<sup>11</sup> Doch ermutigt durch die sich verstärkt artikulierende Opposition in der Berliner Sozialdemokratie gegen den regierungsfreundlichen Kurs von Parteivorstand und Reichstagsfraktion, richtete

6 Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S. 42 (25.9.1914), 84 (14., 18., 21.12.1914). Die Resolution vgl. in: DuM, Reihe II, Bd. 1, S. 87 f.

7 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 17.11.1914, in: GB, Bd. 5, S. 26; BLHA, Rep. 30, Nr. 15807, Bl. 117 Rück. (Programm der Arbeiterbildungsschule), Nr. 15830, Bl. 27 Rück. (Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses vom 13.2.1915).

8 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S. 486 f.

9 Rosa Luxemburg an Carl Moor, 12.10.1914, in: GB, Bd. 5, S. 16; Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 9.2.1915, in: ebd., S. 42.

10 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, wahrscheinlich 4.2.1915, in: ebd., S. 39 f.

11 Vgl. GW, Bd. 4 (6., überarbeitete Aufl. Berlin 2000), S. 6–17.

Rosa Luxemburg in dem in der ersten Februarhälfte 1915 geschriebenen Artikel „Der Wiederaufbau der Internationale“ heftige Angriffe gegen den zu den gemäßigten Linken zählenden Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch und vor allem gegen den Cheftheoretiker des Parteivorstandes Karl Kautsky, mit dem sie seit 1910 politisch und persönlich zerstritten war. Kautsky habe „schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der ‚Parteiinstanzen‘ degradiert“ und würde jetzt die neue Theorie propagieren, dass die internationale Solidarität des Proletariats und der Klassenkampf nur für Friedenszeiten gelte. Es sei wichtig, nicht nur, wie es der SPD-Reichstagsabgeordnete Hoch getan hatte, die Wünsche eines Friedensprogramms vorzulegen, sondern die Taten zur Realisierung zu nennen. Die sozialistischen Parteien der Krieg führenden Länder müssten in den Parlamenten wie Liebknecht die Kriegskredite ablehnen.<sup>12</sup>

Die Zeitschrift „Die Internationale“, in der dieser Aufsatz Rosa Luxemburgs mit weiteren Arbeiten u. a. von Franz Mehring und Clara Zetkin erschien, konnte wegen der schwierigen Zensurbedingungen erst Mitte April 1915 ausgeliefert werden und sollte eigentlich die politische Plattform für den Kreis um Rosa Luxemburg bilden, wurde aber sofort unter Vorzensur der Militärbehörde gestellt, so dass die Herausgeber während der Kriegszeit kein weiteres Heft mehr publizierten. Die sich um Rosa Luxemburg formierende linksradikale Gruppierung nannte sich nunmehr nach dieser Zeitschrift zunächst „Gruppe Internationale“, bis sich ab Mitte 1916 nach ihrer illegal erscheinenden Zeitschrift „Spartakus“ die Bezeichnung Spartakusgruppe einbürgerte. Der Name „Gruppe Internationale“ war auch Programm: Entsprechend dem einstimmigen Beschluss der Sozialistischen Internationale von 1907 – bestätigt auf den Kongressen von 1910 und 1912 – setzte sich die linksradikale sozialdemokratische Gruppe auch während des Weltkrieges für eine konsequente oppositionelle, wenn möglich revolutionäre SPD-Politik ein.<sup>13</sup>

Eduard David, einer der Anführer der rechten Sozialdemokraten, wertete die Zeitschrift „Die Internationale“ und den polemischen Artikel Rosa Luxemburgs als Zeichen der Abspaltung der Linksradikalen und der Zersplitterung des linken Parteiflügels: „Die [Luxemburg nahe stehende] Opposition ist dabei so untaktisch, alles von sich abzustoßen, was nicht ganz waschecht im Sinne der *R.L.* ist und auf Nation, Vaterlandsverteidigung usw. pfeift. Auch Kautsky, Hoch und andere Radikale werden schwer mitgenommen.“<sup>14</sup> Rosa Luxemburg hatte in dem Augenblick, als sie einerseits ein Erstarken der oppositionellen Stimmung an der Partebasis, andererseits aber eine Zurückhaltung bei den führenden Linken registrierte, sogleich mit einer scharfen Polemik versucht, die Entwicklung in ihrem Sinne voranzutreiben. Die Frage war, ob sie durch solch eine polarisierende Taktik die Mitglieder und Anhänger der sozialdemokratischen Partei, die Massen, für ihren radikalen Kurs hätte gewinnen können.

12 Ebd., S. 20–32.

13 Der Kern des Beschlusses lautete: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Abgedruckt in: DuM, Reihe II, Bd. 1, S. 3–8, hier: S. 3.

14 Kriegstagebuch E. David, S. 120 (15.4.1915).

## Gefängniszeit und kurze Freiheit (Februar 1915 – Juli 1916)

Waren die wenigen Wochen zwischen dem Ende des Krankenhausaufenthaltes am 24. Januar 1915 und der zu diesem Zeitpunkt – 18. Februar 1915 – unerwarteten Inhaftierung zur Verbüßung der einjährigen Gefängnisstrafe für Rosa Luxemburg von Hektik geprägt (Parteiveranstaltungen, Vorbereitungen für die Zeitschrift), so bescherte ihr das Gefängnis Zeit und Ruhe, die sie für ihre schon früher angedachte „Studie über den Krieg“ nutzte.<sup>15</sup> In ihrer im April 1915 verfassten Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ untersuchte sie in prägnanter Sprache, mit vielen Rückgriffen auf die allgemeine Geschichte und die Parteigeschichte, ohne Polemik gegen Einzelpersonen die Alternativen sozialdemokratischer Politik bei Kriegsausbruch und während des Krieges. Natürlich vertrat sie unter Zitierung des verstorbenen Parteiführers Wilhelm Liebknecht die Auffassung, dass schon der Ehre wegen eine Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag durch die SPD-Abgeordneten hätte erfolgen müssen. Doch gewinnt man insgesamt den Eindruck einer relativ realistischen Einschätzung der Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft. Diese Schrift, die wegen der Zensur nur illegal und mit den damit verbundenen Schwierigkeiten herausgegeben werden konnte, erschien erst Anfang 1916 in einer ersten und wegen der großen Nachfrage 1917 in einer zweiten Auflage.

Durch die Gefängnishaft vom 18. Februar 1915 bis 18. Februar 1916 hatte Rosa Luxemburg nicht nur jede Möglichkeit zu direkten Kontakten mit der Basis verloren, sondern es waren für sie auch die Informationsmöglichkeiten über Ereignisse und über die Stimmung in der sozialdemokratischen Bewegung außerordentlich begrenzt. Sie war angewiesen auf die Lektüre einer einzigen Zeitung, des „Tageblattes“,<sup>16</sup> also einer bürgerlichen Zeitung, und auf illegal ins Gefängnis geschmuggelte Nachrichten.

Wie schlecht ihr Kenntnisstand war, zeigte sich an zwei Beispielen:

- So war Rosa Luxemburg überhaupt nicht darüber informiert, dass in dem Schweizer Ort Zimmerwald im September 1915 eine internationale Konferenz von sozialistischen Kriegsgegnern verschiedenster Schattierung stattfinden sollte. Sie erfuhr erst nach Abschluss dieser Veranstaltung davon und machte dann ihrem Ärger darüber Luft, dass es nur zu gemäßigten Beschlüssen gekommen war.
- Im Dezember 1915 schätzte sie die Stimmung in der Berliner Parteiorganisation vollständig falsch ein und unternahm auf Grund dieser Fehleinschätzung erstmals den Versuch, mit ihren Anhängern auf der Grundlage radikaler Leitsätze sich deutlich als eigenständige innerparteiliche Gruppe darzustellen und die Führung der Opposition in Berlin und möglichst auch im Reich zu erringen.<sup>17</sup>

Höchstwahrscheinlich erhielt sie im Gefängnis entweder aus der Zeitung oder auf konspirativem Wege Informationen über die Entwicklung der Opposition in der Sozialdemokrati-

15 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 1.11.1914, in: GB, Bd. 5, S. 21.

16 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 1.7.1915, in: ebd., S. 66.

17 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 8.12.1915, in: ebd., S. 92 f.

schen Partei Deutschlands, und zwar in erster Linie auf den oberen Parteiebenen. Am deutlichsten sichtbar in der Öffentlichkeit und damit auch für Rosa Luxemburg waren solche Aktionen wie das von Karl Liebknecht initiierte Unterschriftenflugblatt vom 9. Juni 1915, eine Art Petition an die sozialdemokratische Parteiführung für die Rückkehr zur oppositionellen Politik der Vorkriegszeit, und ein inhaltlich ähnliches, wenn auch im Ton gemäßigtetes Statement „Das Gebot der Stunde“ in der „Leipziger Volkszeitung“ von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Hugo Haase (ebenfalls im Juni 1915) sowie vor allem die offene Ablehnung der Kriegskredite durch zwanzig sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete im Dezember 1915.

Spätestens nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis am 18. Februar 1916 muss Luxemburg auch detaillierte Informationen über die oppositionellen Kräfte auf der unteren und mittleren Ebene erhalten haben. In den Berliner Wahlkreisen organisierten SPD-Funktionäre den Widerstand gegen die Politik der Parteimehrheit, wie aus verschiedenen Papieren im Nachlass des Funktionärs Ohlhoff hervorgeht.<sup>18</sup> Gleichzeitig kam es zu regelmäßigen informellen Treffen der führenden oppositionellen Berliner Sozialdemokraten, an denen auch Personen aus der „Gruppe Internationale“ teilnahmen, bis sie im Februar 1916 – allerdings nur vorübergehend – aus diesem Oppositionskreis ausgeschlossen wurden. Die Gruppierung um Rosa Luxemburg war ein Teil dieser Berliner Oppositionskreise und nahm bis Februar 1916, als es zu einem Zerwürfnis mit den führenden gemäßigten Oppositionellen kam, regelmäßig an deren Zusammenkünften teil.

Wahrscheinlich in den letzten Monaten des Jahres 1915 kam es unter der Führung von Funktionären des Ortsvereins von Berlin-Neukölln zu gesonderten Besprechungen von aus allen Teilen Berlins und den Vororten stammenden Genossinnen und Genossen, die mit dem gemäßigten vorsichtigen Kurs der Berliner Opposition unzufrieden waren und ein energischeres Vorgehen gegen den Berliner Parteivorstand, der in dieser Zeit noch überwiegend mit Anhängern der Mehrheitsauffassungen besetzt war, sowie öffentliche Friedensaktionen forderten.<sup>19</sup> Unter dem Deckmantel einer Baugenossenschaft besprachen diese radikalen Sozialdemokraten aktuelle politische Themen wie die Streikbereitschaft in der Arbeiterschaft und gaben später bei bestimmten Fragen ihr Votum über den Kurs der „Gruppe Internationale“ ab, z. B. im Sommer 1916 darüber, ob die „Arbeiterpolitik“ aus Bremen oder „Der Kampf“ aus Duisburg den eigenen Anhängern als legale Zeitungen empfohlen werden sollten. Breiten Raum in diesen Diskussionen nahm die Kritik an den Gewerkschaften ein. Wenn man von der Dynamik dieser radikalen Genossinnen und Genossen in anderen Fragen wie beim Thema Beitragsperre ausgeht, so ist es wahrscheinlich, dass die Initiative zur Gründung dieses Kreises von der Basis her kam und nicht von den führenden Mitgliedern der „Gruppe Internationale“, die allerdings von Anfang an oder sehr bald zu diesen Sitzungen hinzugezogen wurden und mit den wichtigsten Teilnehmern im intensiven Kontakt standen. Dieser informelle innerparteiliche Diskussionskreis – eine radikale Basis-Opposition in der gemäßigten Opposition – fand im Verlaufe seines weiteren Bestehens, wie ein

<sup>18</sup> SAPMO, NY 4092/4, Bl. 2–17.

<sup>19</sup> BLHA, Pr. Br., Rep. 30, Berlin C, Nr. 15981, Bl. 288.

Teilnehmer berichtete, nicht immer ausreichenden Zuspruch, so dass aus Mangel an Besuchern die Sitzungen auch manchmal ausfielen.<sup>20</sup>

In den wenigen Monaten der Freiheit bis zu ihrer erneuten Inhaftierung am 10. Juli 1916 nahm Rosa Luxemburg wieder an den Parteisitzungen auf allen Ebenen, „die beinahe jede Woche zwei- bis dreimal“ vorkamen und „üblicherweise bis 1 Uhr nachts“ dauerten,<sup>21</sup> und zusätzlich an vielen internen Besprechungen teil. Sie nahm die großartige Begrüßung bei ihrer Entlassung aus dem Gefängnis durch viele Genossinnen<sup>22</sup> sowie die Zustimmung im internen linksradikalen Genossenkreis der „Baugenossenschaft“<sup>23</sup> und auf der Reichskonferenz der Anhänger der „Gruppe Internationale“ am 19. März 1916 als Bestätigung ihres offensiven radikalen Kurses mit der Forderung der Beitragssperre. Doch trotz einer monatelangen intensiven innerparteilichen Polemik der „Gruppe Internationale“ um Rosa Luxemburg gegen die gemäßigte Opposition in der Berliner SPD und trotz „einer oratorisch glänzenden und überaus geschickt aufgebauten Rede“<sup>24</sup> blieb Rosa Luxemburg auf der Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung am 25. Juni 1916 sowohl mit ihren Anträgen wie bei den Personalentscheidungen vollständig in der Minderheit. Für den Berliner Sitz im Parteausschuss erhielt sie lediglich 68 Stimmen gegenüber 262 für den Vertreter der gemäßigten Opposition, den Reichstagsabgeordneten Arthur Stadthagen. Ihren Antrag auf Beitragssperre, der bei Annahme einen sofortigen Ausschluss der Opposition bedeutet hätte, ließ sie aber rechtzeitig fallen, als sie merkte, dass er keine Mehrheit gefunden hätte. Ihr neuer Antrag, die Gesamtopposition solle eigene Konferenzen einberufen und sich zur Abwehr von Maßnahmen der Mehrheit organisieren, wurde eindeutig abgelehnt.

Auch auf Grund dieser Erfahrung widersetzte sie sich im weiteren Verlauf des Krieges allen Bestrebungen aus ihrer radikalen Anhängerschaft, eine eigene linkssozialistische Partei zu gründen, weil sie ihre Gruppierung nicht von den Massen isolieren und in einer politisch ohnmächtigen Sekte wiederfinden wollte.<sup>25</sup> Vielmehr versuchte sie mit den anderen Führern ihrer Gruppe, die SPD bzw. später die USPD zu einer offensiven Oppositionspolitik mit Massenaktionen gegen den Krieg zu drängen. Dieser sich seit Beginn des Jahres 1916 abspielende interne Machtkampf innerhalb der sozialdemokratischen Gesamtopposition hatte für die „Gruppe Internationale“ jedoch auch ein positives Ergebnis: Die vorher fast nur in Funktionskreisen bekannte Gruppierung erreichte nunmehr, unterstützt durch die ab Februar 1916 mit „Spartakus“ unterzeichneten Mitteilungen – zunächst hektographiert, ab September 1916 gedruckt herausgegeben – als Spartakusgruppe einen relativ großen Bekanntheitsgrad in der Partei.

20 BArch Berlin-Lichterfelde, R 30.03 [Oberreichsanwalt beim Reichsgericht], C 87/17, Bd. 1, Bl. 47 f., 55–57, Bd. 2, Bl. 38–40.

21 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 30.4.1916, in: GB, Bd. 5, S. 115.

22 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 25.2.1916, in: ebd., S. 101.

23 Käthe Duncker an Hermann Duncker, 22.3.1916, SAPMO, NY 4445/133, Bl. 231.

24 Hugo Haase an Wilhelm Dittmann, 26.6.1916, AdsD, NL Wilhelm Dittmann, Kasette II, Bl. 3.

25 Rosa Luxemburg: Offene Briefe an Gesinnungsfreunde (6.1.1917), in: GW, Bd. 4, S. 232–236; dies.: Rückblick auf die Gothaer Konferenz (25.5.1917), in: ebd., S. 270–274.

Kennzeichnend für die Politik Rosa Luxemburgs in diesen Monaten von Dezember 1915 bis Juni 1916, aber auch später in der Revolutionszeit vom 9. November 1918 bis zum Januaraufstand 1919 in Berlin, war die Überschätzung des radikalen Potentials in den Massen. Es gehörte zu ihren grundsätzlichen strategischen Auffassungen, dass eine sozialistische Partei, für die die Spartakusgruppe sozusagen stellvertretend handelte, mit ihren propagierten Zielsetzungen vorangehen müsste, um mit einer entschiedenen Agitation Mehrheiten für ihre Auffassungen mit anschließenden Massenaktionen zu erreichen. So richtig dies ist, so sehr birgt dies die Gefahr, bei Überschätzung der Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft den Kontakt zu den proletarischen Massen zu verlieren. In der Frage der Beitragssperre und der Gründung einer linksradikalen Partei hat Rosa Luxemburg Mitte 1916 noch zu einem realistischen Standpunkt zurückgefunden.

### Schutzhaft (Juli 1916 – November 1918)

Die Schutzhaft Rosa Luxemburgs vom 10. Juli 1916 bis 8. November 1918 brachte erneut eine starke Isolierung mit sich. Zwar konnte Rosa Luxemburg in Form von illegalen Botschaften, die konspirativ bei den monatlichen Besuchen oder mit Büchersendungen übermittelt wurden, viele unzensurierte Informationen erhalten. Diese waren aber gefiltert und entsprachen in erster Linie der Auffassung Leo Jogiches'. Dieser stand zwar andauernd im Kontakt mit den radikalen Berliner Genossinnen und Genossen der „Baugenossenschaft“, hielt die Verbindung zu den Anhängern der Spartakusgruppe im Reich und leitete vom Sommer 1916 bis zu seiner Verhaftung Ende März 1918 die Herausgabe und den Vertrieb der Flugschriften. Doch war Jogiches wegen des Mitarbeitermangels infolge von Verhaftungen und Einberufungen und seiner zeitweisen depressiven Verstimmungen immer wieder in Zeitnot, so dass die Nachrichten häufig auf sich warten ließen. Der Informationsaustausch war also oft zögerlich und stark eingeschränkt. Beispielsweise konnte Rosa Luxemburg über die Beteiligung der Spartakusgruppe am Januarstreik 1918 erst nachträglich informiert werden, wie wir einem später beschlagnahmten Bericht entnehmen können. Dabei gelang es Leo Jogiches mit großem taktischem Geschick, bei der Vorbereitung und Durchführung des Januarstreiks 1918 von Seiten der Spartakusgruppe einigen Einfluss auszuüben.

Doch immer wieder war diese politische Gruppierung auf Grund der mehrfachen, sowohl die Führung wie die aktive Anhängerschaft treffenden Verhaftungswellen von Mai bis Oktober 1917 und von Ende März bis Mitte Oktober 1918 praktisch nicht existent. Sogar die Herausgabe der Spartakusflugschriften war in diesen Zeiten auf ein Minimum gesunken. Das in der Geschichtsschreibung immer unterschätzte Ausmaß an Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Spartakusgruppe und die übrigen linksradikalen Kräfte trug dazu bei, dass Rosa Luxemburg insbesondere 1918 wenig Informationen austauschen konnte und ihre Gruppierung ohne jegliches organisatorisches Gerüst in die Tage der Novemberrevolution gehen musste.

## Im revolutionären Berlin (10. November 1918 – 15. Januar 1919)

Nach der Revolution war es der Spartakusgruppe erstmals möglich, ihre politischen Ziele auf eigenen Versammlungen und mit einer eigenen Zeitung legal zu propagieren. Zwar gab sich die Führung auf einer Sitzung am 11. November 1918 ein ehrgeiziges Programm und mit der die Eigenständigkeit betonenden Bezeichnung „Spartakusbund“ einen leicht veränderten Namen. Doch für die Verwirklichung der Arbeitsaufgaben waren die personellen Voraussetzungen denkbar schlecht, weil die Reihen der Spartakusanhänger in Berlin durch die Repressionen der Kriegszeit stark dezimiert worden waren. Auch die Herausgabe einer eigenen Zeitung brachte allergrößte Schwierigkeiten mit sich. Die im Zuge der Revolution okkupierte Redaktion im Scherl Verlag, in dem am 9. und 10. November 1918 statt des „Berliner Lokalanzeigers“ die „Rote Fahne“ herauskam, konnte nicht gehalten werden. Über eine Woche lang verbrachten Rosa Luxemburg und die Spartakusführung mit der zeitaufwändigen und Energie kostenden Suche nach einem Verlag mit Druckerei für die eigene Zeitung, bis die „Rote Fahne“ endlich am 18. November 1918 wieder erscheinen konnte, wegen der Papierknappheit auch nur mit einer Ausgabe am Tag und nur mit vier Seiten. Dagegen kam die USPD-Zeitung „Die Freiheit“ – genauso wie das traditionsreiche Organ der Mehrheitssozialdemokraten „Vorwärts“ – mit einer Morgen- und Abendausgabe und mit größerem Seitenumfang heraus. Wegen der Personalknappheit in der Redaktion wäre ein größerer Umfang für die „Rote Fahne“ auch überhaupt nicht möglich gewesen. Für Rosa Luxemburg brachte die Übernahme der Chefredaktion eine vollständige Überlastung mit sich, wie von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezeugt wird und wie sie selbst es auch in ihren Briefen beklagt.

Nunmehr gab es öffentliche Versammlungen des Spartakusbundes und – eine zweifellos gute Idee – Treffen der Leser der „Roten Fahne“, die natürlich zur Mitgliederwerbung für den Spartakusbund dienen sollten. Doch die Erfolge blieben äußerst bescheiden. Nach der Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 war die Parteiorganisation der KPD in Berlin, aber auch in anderen Orten des Reiches, nur rudimentär vorhanden.

Rosa Luxemburg konnte wegen ihrer Inanspruchnahme durch die Redaktionstätigkeit nur selten auf Versammlungen auftreten und war überwiegend auf die Berichte der anderen Mitglieder der Spartakusführung angewiesen. Wie schon 1916 überschätzte sie wiederum maßlos die Stimmung in der Arbeiterschaft zu Gunsten des Spartakusbundes. So meinte sie am 29. November 1918 in einem Brief an Clara Zetkin, dass führende USPD-Mitglieder wie „Däumig, Eichhorn usw. behaupten, ganz auf unserem Boden zu stehen, ebenso Ledebour, Zietz, Kurt Rosenfeld und – die Massen!“<sup>26</sup> Doch ist es vollständig unerklärlich, auf Grund welcher Informationen Rosa Luxemburg zu diesem Zeitpunkt annehmen konnte, dass die Massen, die nach Leo Jogiches' Urteil am 11. November 1918 noch auf Seiten der Mehrheitssozialdemokraten standen,<sup>27</sup> unterdessen zur Position des Spartakusbundes gewechselt haben sollten. Es hatten in Berlin lediglich einige wenige vom Spartakusbund veranstaltete

26 GB, Bd. 5, S. 420.

27 Leo Jogiches an August Thalheimer, 11.11.1918, SAPMO, Sg Y 17 V 253/1, Bl. 85–87, hier: Bl. 86.

Versammlungen stattgefunden, auf denen den Spartakusrednern zwar zugejubelt worden war. Aber eine erfahrene Politikerin hätte daraus niemals den Schluss auf eine allgemeine große Unterstützung in der Arbeiterschaft ziehen dürfen. Hier waren offensichtlich bei Rosa Luxemburg revolutionäre Ungeduld und Wunschenken eine unheilvolle Allianz eingegangen. Auf Grund dieser Fehleinschätzung hielt sie erneut die Zeit dafür gekommen, die Führung auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung zu übernehmen, veröffentlichte am 14. Dezember 1918 in der „Roten Fahne“ das Programm „Was will der Spartakusbund?“ und stellte am 15. Dezember 1918 auf der Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung der USPD den Antrag auf ein Ausscheiden der USPD aus der Regierung, also aus dem Rat der Volksbeauftragten, auf Ablehnung der Nationalversammlung, auf die sofortige vollständige Machtübernahme durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die Einberufung eines USPD-Parteitag. Doch Rosa Luxemburgs Resolution erhielt nur 29 % der Delegiertenstimmen gegenüber 71 % für den Antrag von Rudolf Hilferding, der ein Verbleiben der USPD-Vertreter in der gemeinsamen Revolutionsregierung mit den Mehrheitssozialdemokraten, eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und einen USPD-Parteitag erst nach den Parlamentswahlen befürwortete. Dieses Meinungsbild war nicht etwa auf die Delegierten der USPD beschränkt, sondern entsprach der Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft. Denn bei der am 14. Dezember 1918 stattfindenden Wahl der Berliner Arbeiterratsdelegierten für den Reichsrätekongress erhielt die SPD – zur Überraschung aller politisch Informierten – mit elf Delegierten wesentlich mehr Zuspruch als die USPD mit sieben Delegierten. Es ist deshalb unverständlich, dass Rosa Luxemburg, wie der „Roten Fahne“ zu entnehmen ist, offenbar mit einer linken Mehrheit auf dem am 16. Dezember in Berlin beginnenden Reichsrätekongress rechnete und deshalb enttäuscht die Delegierten wegen ihrer Entscheidung für die Nationalversammlung nach der Tagung als „Eberts Mamelucken“ beschimpfte.

Rosa Luxemburg und die Spartakusführung hatten Mitte Dezember 1918 die tatsächliche Meinung der Delegierten der proletarischen Massen auf Berliner und Reichsebene zur Kenntnis nehmen müssen und waren damit auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt worden. Die Spartakusführer hätten weiterhin innerhalb der USPD, deren Mitglieder und Anhänger teilweise schon zum Spartakusbund tendierten, beharrlich für ihre Auffassungen werben müssen, um letztendlich – vor allem bei einer sich beschleunigenden revolutionären Entwicklung – eine Mehrheit zu gewinnen. Dieses Vorgehen versprach den größten Einfluss auf die Massen. Dagegen bedeutete eine Abspaltung die wahrscheinliche Isolierung, insbesondere da dies die zweite Spaltung in der Arbeiterschaft innerhalb von zwei Jahren darstellte. Mit ähnlichen Argumenten hatte sich Rosa Luxemburg in der Kriegszeit gegen die von ihren Anhängern kommende Forderung nach Gründung einer linksradikalen Partei gewandt.<sup>28</sup> Mit der Entscheidung für die Gründung einer dritten sozialistischen Partei, der KPD, gaben die Spartakusführer dem Druck einer verschwindend kleinen Minderheit in der Arbeiterschaft, dem Aktivistenkreis in ihrer eigenen Anhängerschaft, nach und entschieden sich gegen die Massen.

<sup>28</sup> Siehe oben, Anm. 25.

Die unmittelbar nach dem KPD-Gründungsparteitag in den allerersten Januartagen 1919 geschriebenen Artikel Rosa Luxemburgs in der „Roten Fahne“ machten wieder einen besonnenen Eindruck. Sie erwartete realistischerweise in der nächsten Zeit keine revolutionäre Zuspitzung. Selbst angesichts der großen Demonstration am 5. Januar 1919 in Berlin gegen die Regierung der Mehrheitssozialdemokraten blieb sie relativ zurückhaltend. Dies änderte sich aber schnell. Unter dem Eindruck der riesigen Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft an den Umzügen und angesichts der ersten bewaffneten Zusammenstöße am Montag, dem 6. Januar 1919, versuchte Rosa Luxemburg in ihren Artikeln in der „Roten Fahne“, die Massen zum revolutionären Endkampf zu treiben, selbst dann noch, als der Kampf ab 10. Januar schon verloren war. Gleichzeitig beschimpfte die Spartakusführerin in der allerschärfsten Form die USPD wegen deren Unterstützung der unterdessen sich in den Berliner Betrieben verbreitenden Einigungsbewegung. Die Arbeiterinnen und Arbeiter forderten ein Ende des Bruderkampfes und ein Zusammengehen aller sozialistischen Parteien nach Absetzung der bisherigen Führungen. Fast einstimmig beschloss die Vollversammlung der Berliner kommunalen Arbeiterräte am 10. Januar 1919 eine entsprechende Resolution, in der auch der Rücktritt der Ebert-Scheidemann-Regierung verlangt wurde.

Die Träger dieses Aufstandsversuchs waren die Berliner revolutionären Obleute und die Berliner USPD-Organisation. Die KPD-Zentrale, deren Vertreter Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck sich ohne Absprache mit den übrigen kommunistischen Führern an der Aufstandsleitung beteiligt hatten, stand zwar während dieser Januartage in Berlin in Verbindung zu den revolutionären Zeitungsbesetzungen, aber nicht zu den Arbeitern in den Betrieben. Rosa Luxemburg griff die stark in den Arbeitermassen verankerte Einigungsbewegung nicht auf, sondern verunglimpfte in den schrillsten Tönen alle Anhänger dieser Einigungsparole. Nicht einmal die Tatsache, dass die Mehrheitssozialdemokraten alle Forderungen der Einigungsvertreter ablehnten, konnte Rosa Luxemburg zum Überdenken ihrer Position bewegen. Dabei hätte in der damaligen Situation eine Unterstützung dieser Basisbewegung die besten Möglichkeiten für die relative Erhaltung der revolutionären Energien der Massen und zur Schaffung einer günstigen Ausgangslage für die weitere Propagierung der Ziele der KPD geboten. Während des Januaraufstandes erreichte und bestärkte Luxemburg mit ihrer extremen Agitation nur einen verschwindend kleinen Teil der Arbeiterschaft und erreichte die proletarischen Massen damit überhaupt nicht mehr.<sup>29</sup>

Die Haltung Rosa Luxemburgs während des Berliner Januaraufstandes 1919 war äußerst zwiespältig: Wie ihre zögerliche Reaktion zu Beginn der Aufstandsbewegung zeigte, hatte sie überhaupt nicht mit größeren, länger dauernden Massenaktionen gerechnet. Und als die Beteiligung der Arbeiter nach drei Tagen abflaute, hatte sie sogleich die Konsequenzen ziehen wollen, am Abend des 8. Januar auf einer Sitzung der KPD-Zentrale kategorisch den Rückzug Karl Liebknechts und Wilhelm Piecks aus der Aufstandsleitung gefordert und wegen

<sup>29</sup> Vgl. hierzu die ausführliche Studie: Ottokar Luban: Demokratische Sozialistin oder „blutige Rosa“? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919, in: IWK, 35 (1999), Heft 2, S. 176–207.

Liebknachts Weigerung sogar von einem Bruch mit Liebknecht gesprochen.<sup>30</sup> Doch am 11. Januar 1919, als die Regierungstruppen die Aufständischen bereits besiegt hatten, erklärte sie in einem Brief an Clara Zetkin: „(...) Wenn die Dinge so weiter verlaufen wie bisher, erscheint es sehr fraglich [!], ob es überhaupt zu Wahlen und zur Nationalversammlung kommt.“<sup>31</sup>

Es ist schwer, eine Erklärung für diese vollständig wirklichkeitsfremde Lagebeurteilung, die auch in den meisten der letzten Artikel Rosa Luxemburgs in der „Roten Fahne“ zum Ausdruck kommt, zu finden. Da weitere Meinungsäußerungen privater Natur aus dieser Zeit fehlen, bleiben alle Deutungsversuche Spekulation. Vermutlich hat Rosa Luxemburg auf Grund der fortgesetzten Massenaktionen in Berlin nach dem November 1918 und nunmehr mit dem Januaraufstand 1919 eine Fortsetzung dieser revolutionären Ereigniskette erwartet. Da der Ausbruch der deutschen Novemberrevolution die Linken einschließlich der Spartakusgruppe überrascht hatte, wollte Luxemburg möglicherweise im Januar 1919 rechtzeitig die agitatorische Vorbereitung für die angestrebte Machtübernahme durch das Proletariat betreiben, wählte aber dafür die vollständig falsche Ansprache gegenüber der Arbeiterschaft.

Die zum Grundcharakter der Politikerin Rosa Luxemburg gehörende revolutionäre Ungeduld und ihre illusionären Tendenzen führten dazu, die Stimmung in den proletarischen Massen vollständig falsch einzuschätzen und in ihrer Agitation eine außergewöhnlich aggressive Tonart anzuschlagen, die in der großen Mehrheit der Arbeiterschaft keinen Anklang fand und damit auch zu einer Ablehnung der inhaltlichen Forderungen der KPD führte. Gleichzeitig wurde es damit den mehrheitssozialdemokratischen, bürgerlichen und reaktionären Zeitungen leicht gemacht, „Spartakus“ bzw. die KPD als Sündenbock für jede Gewalttat verantwortlich zu machen. Rosa Luxemburg hatte im Verlauf des Berliner Januaraufstandes 1919 die Verbindung zu den proletarischen Massen verloren.

30 Ebd., S. 190 f.

31 GB, Bd. 5, S. 426.